

DKFM. FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

II-9544 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Z. 11 0502/249-Pr.2/89

Wien, 22. Dezember 1989

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

4369 IAB
1989 -12- 27
zu 44351J

Parlament

1017 W i e n

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Kfm. Holger Bauer und Genossen vom 23. Oktober 1989, Nr. 4435/J, betreffend Vereinheitlichung und Rationalisierung der Vielzahl derzeit erhobener Gebühren, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 2.:

Mit dem Begriff "Gebühren" werden kraft öffentlichen Rechtes zu erbringende Leistungen verschiedenster Art bezeichnet. Darunter sind sowohl die Gebühren im engeren Sinn zu verstehen, die als Entgelt für eine von einer Gebietskörperschaft erhaltene Leistung zu entrichten sind, als auch die Gebühren nach dem Gebührengesetz 1957, die öffentliche Abgaben darstellen, bei denen im Einzelfall ein Bezug zu einer bestimmten Verwaltungsaufwendung nicht herzustellen ist.

In die Zuständigkeit meines Ressorts fallen nur die Gebühren nach dem Gebührengesetz 1957, während die Mehrheit der Gebühren in die Zuständigkeit anderer Bundesminister oder der Länder fällt.

Aufgrund der im Arbeitsübereinkommen über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates enthaltenen Zielsetzung der "Vereinheitlichung und Rationalisierung der Vielzahl derzeit erhobener Gebühren" wurden in einem ressortübergreifenden Arbeitskreis die Probleme dieses Vorhabens eingehend erör-

tert. Dabei hat sich ergeben, daß wegen der Vielfalt der in der Rechtsordnung vorgesehenen Gebühren und ihrer völligen Inkongruenz, was die unterschiedlichen Anknüpfungskriterien und das Zufließen ihres Ertrages an verschiedene Gebietskörperschaften betrifft, eine Gesamtreform des Gebührenwesens nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen dem Bund und den Ländern sowie zwischen den Ländern untereinander möglich ist.

Wie mir berichtet wird, haben bisherige Kontakte mit den Ländern gezeigt, daß ein Konsens der Länder über die Gestaltung der Reform derzeit nicht besteht. Im Hinblick darauf konnten, da weitere Schritte des Bundes nur dann zielführend erscheinen, wenn zunächst die Länder dem Bund gegenüber eine einhellige Auffassung vertreten, bisher keine Maßnahmen zu einer umfassenden Gebührenreform verwirklicht werden.

Im Zeitpunkt der Stellung der vorliegenden Anfrage war allerdings geplant, eine Änderung der Bestimmung des § 14 TP 5 Abs. 2 Gebührengesetz 1957, derzufolge es nach der bisher geltenden Rechtslage zu einer Kumulierung von Gebühren kommen konnte, herbeizuführen. Durch diese im Sinne der Reformbestrebungen gelegene Maßnahme, die in der Zwischenzeit im Rahmen des Abgabenänderungsgesetzes 1989 verwirklicht wurde, ist eine Angelegenheit bereinigt worden, die bisher ständig Anlaß zu Kritik von seiten der Steuerzahler geboten hat.

